



SEITE 2
Jetzt wird regiert!

Mehr Rechte für die
Opposition

SEITE 3
Die neue SPD-Fraktion



SEITE 4/5
SPD-Fraktionschef Thomas
Oppermann im Interview

SEITE 6
Energiewende vorantrei-
ben, Kosten im Blick
behalten



SEITE 7
Das Rentenpaket

SEITE 8
Jahresbericht zum Stand
der Deutschen Einheit:
Im Osten was Neues

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 01/2014

SPD-Fraktion macht Tempo

Gut für die Menschen: Die Sozialdemokraten
sind in der Koalition die treibende Kraft.

Die neue SPD-Bundestagsfraktion hat die Arbeit aufgenommen. Die Phase des Sich-Findens und Sich-Abtastens ist spätestens seit der ersten Sitzungswoche im Januar vorbei. Jetzt gilt es, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zügig umzusetzen. „Wir machen Deutschland Stück für Stück ein bisschen gerechter und besser“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Er stellt klar: „Wir wollen diese Koalition und wir wollen die Umsetzung des Koalitionsvertrages.“

Dabei legt die Koalition ein beachtliches Tempo vor: Ob Rentenpaket, Energiewende oder Mietpreisbremse – die große Koalition widmet sich den großen Themen. Gleichzeitig sind es vor allem sozialdemokratische Themen, die angepackt werden. Die Sozialdemokraten erweisen sich als treibende Kraft.

Gut für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger so. Eine Forsa-Umfrage im Auftrag von Handelsblatt Online kam Anfang Februar zu einem eindeutigen Ergebnis: 37 Prozent der Befragten hatten den Eindruck, dass die SPD in der Regierung bisher mehr Akzente setzen konnte. 31 Prozent fanden hingegen, dass die Unionsparteien ein besseres Bild abgeben würden.

Dass die Sozialdemokraten jetzt regieren, ist auch gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Der Staat setze in der sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen dafür, dass Unternehmen Gewinne machen können, sagt Thomas Oppermann. Aber er achte eben auch darauf, dass Arbeitnehmerrechte



Auch in der großen Koalition wird sich die SPD-Fraktion für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.

geschützt werden. „Das eine darf nicht auf Kosten des anderen gehen.“

Zentral für die SPD-Bundestagsfraktion ist eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Deshalb steht für die Sozialdemokraten die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im Fokus. Die Koalition wird ihn noch in diesem Jahr beschließen und Verbesserungen für 6,9 Millionen Menschen schaffen.

Zudem hat Arbeitsministerin Andrea Nahles angekündigt, dass auf das Rentenpaket ein „Tarifpaket“ folgen werde. Damit können Tarifverträge künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Sie gelten anschließend für die gesamte Branche. „Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dann wieder unter dem Dach von Tarifverträgen arbeiten

können“, sagt Andrea Nahles.

Auch der Missbrauch von Werkverträgen soll eingedämmt werden, die Betriebsräte mehr Rechte bekommen. Außerdem wollen die Sozialdemokraten den Missbrauch bei der Leiharbeit bekämpfen: „Die Leiharbeit wird auf neun Monate begrenzt. Und wir wollen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats erweitern, wenn es um die

Einstellung von Leiharbeitskräften geht“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Noch in diesem Jahr soll es zudem die ersten Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz geben. „Wir wollen Hindernisse aus dem Weg räumen, die Frauen von einem fairen und gerechten Lohn ausschließen“, erklärt SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. ■

Die Ausschussvorsitzenden der SPD-Fraktion

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales:** Kerstin Gries
- **Finanzausschuss:** Ingrid Arndt-Brauer
- **Ausschuss für Gesundheit:** Dr. Edgar Franke
- **Sportausschuss:** Dagmar Freitag
- **Ausschuss für Kultur und Medien:** Siegmund Ehrmann
- **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur:** Martin Burkert
- **Verteidigungsausschuss:** Dr. Hans-Peter Bartels

Meldungen

Gegen Genmais

Deutschland hat sich bei der Abstimmung der EU-Mitgliedstaaten über die Zulassung der gentechnisch veränderten (GVO) Maissorte „Dupont 1507“ enthalten. Die Bundesregierung konnte sich nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen. Die zuständigen SPD-geführten Ministerien (Wirtschaft, Umwelt und Justiz) sprachen sich im Kabinett gemeinsam mit dem CSU-geführten Landwirtschaftsministerium gegen eine Zulassung aus. Die CDU-geführten Häuser (Forschung und Gesundheit) inklusive der Bundeskanzlerin befürworteten den Anbau von „Dupont 1507“. Bei unterschiedlicher Einschätzung innerhalb der Bundesregierung ist es üblich, sich auf EU-Ebene zu enthalten. Die SPD-Fraktion prüft nun, welche Möglichkeiten Deutschland im Falle einer EU-Zulassung von „Dupont 1507“ hat, um den Anbau hierzulande zu verhindern. ■

Stabile Preise

Mit einem Gesetz hat die Koalition das Preismoratorium für patentgeschützte Medikamente verlängert. Das Moratorium verhindert, dass Preissteigerungen von Arzneimitteln an die Krankenversicherungen weitergegeben werden. Der Großabnehmerrabatt von 16 Prozent, den die Hersteller den Kassen gewähren mussten, war bis zum 31.12.2013 befristet. In Zukunft wird dieser Rabatt aufgrund der guten Finanzlage der Kassen sieben Prozent betragen. Mit diesen Maßnahmen will die Koalition vermeiden, dass die gesetzlichen Krankenkassen durch Preiserhöhungen bei Arzneimitteln übermäßig belastet werden. ■

2014: Koalition hat sich viel vorgenommen

Der Koalitionsvertrag trägt eine sozialdemokratische Handschrift. Auch deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion die Vereinbarungen rasch umsetzen.

„Der Koalitionsvertrag ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen. Wir werden keinen Streit über die Auslegung anfangen, sondern gemeinsam mit der Regierung die Umsetzung vorantreiben“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann. Projekte wie die Energiewende oder die Rentenreform (mehr dazu auf den Seiten 6 und 7) stehen dabei im Fokus. Aber auch auf anderen Feldern hat sich die Koalition für 2014 viel vorgenommen:

Der Mindestlohn

Es ist eine gute Nachricht für Alle, die derzeit nicht von ihrer Arbeit leben können: Der Mindestlohn kommt. Noch in diesem Jahr soll ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde beschlossen werden und zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Abweichungen sind dann nur noch dort zulässig, wo es einen Tarifvertrag gibt. Spätestens zum 31. Dezember 2016 gilt der Mindestlohn ohne Ausnahme deutschlandweit. Eine Kommission der Tarifpartner wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig überprüfen und anpassen.

„Mit dem flächendeckenden Mindestlohn ab dem 1. Januar 2015 hält die SPD Wort, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und skandalös niedrigen Löhnen entschieden entgegen zu treten“, sagt Katja Mast, die Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion.

Mietpreisbremse

Noch im März wird Justiz- und Ver-

braucherschutzminister Heiko Maas einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorlegen. Vor allem die drastischen Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen will die Koalition begrenzen. „Guter und bezahlbarer Wohnraum im lebenswerten Quartier ist wichtige Daseinsvorsorge“, sagt der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Groß. Künftig sollen die Länder Gebiete festlegen, in denen die Mietsteigerung auf maximal zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt wird. Bei den Maklergebühren soll in Zukunft gelten: Wer bestellt, der zahlt.

Gleichstellung

Innerhalb der ersten 100 Tage werden Familienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas ein Gesetz für eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent für Neubesetzungen von Aufsichtsräten auf den Weg bringen. Dieses gilt für voll mitbestimmungspflichtige, börsennotierte Unternehmen. Zudem müssen alle mitbestimmungspflichtigen oder börsennotierten Unternehmen ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, im Vorstand und im obersten Management festlegen. Die Unternehmen hätten die Chance vertan, mit Gleichstellung ernst zu machen, sagt SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. „Der Gesetzgeber muss jetzt handeln.“

Manuela Schwesig will zudem noch in diesem Jahr Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Da-



Seit Jahren setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Zum 1. Januar 2015 wird er in Kraft treten.

mit soll der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen und Männern entgegengewirkt werden.

Ende der Optionspflicht

Es ist ein Paradigmenwechsel und wird Erleichterungen für Hunderttausende Betroffene bringen: Die Optionspflicht wird abgeschafft! Bisher müssen sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern bis zu ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, ansonsten verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit. In Zukunft können sie sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. ■

Mehr Rechte für Opposition

Eine Demokratie braucht eine handlungsfähige Opposition.

Die Minderheit im Bundestag muss ihren Standpunkt in den Willensbildungsprozess des Parlaments einbringen können. Grüne und Linke aber haben zusammen nicht mehr genügend Stimmen, um beispielsweise Untersuchungsausschüsse einzusetzen oder eine Sitzung des Bundestages einberufen zu können. Um ihre Minderheitenrechte zu stärken, haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur

Änderung der Geschäftsordnung der 18. Wahlperiode vorgelegt. Die Oppositionsfraktionen können damit einen Untersuchungsausschuss einsetzen, den Bundestag einberufen oder eine Enquete-Kommission einsetzen. „Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Minderheitenrechte der Opposition während der Großen Koalition gewahrt werden“, sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht. ■

Konsequenzen aus NSU-Pannen

Ermittlungsfehler wie die bei der rechtsextremen NSU-Mordserie dürfen sich nicht wiederholen.

Der Bundestag hat deshalb mit den Stimmen aller Fraktionen einen gemeinsamen Antrag beschlossen, mit dem die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses bekräftigt werden sollen. Der Antrag enthält insgesamt 50 Empfehlungen für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. „Die gemeinsam erarbeiteten Untersuchungsergebnisse haben die Überzeugung

wachsen lassen, dass eine Reihe von Korrekturen und Reformen dringend geboten sind“, heißt es in dem Antrag. Es geht unter anderem um Maßnahmen für eine stärkere Kontrolle der Verfassungsschützer und um einen verbesserten Austausch zwischen den Behörden. Die Polizei soll verpflichtet werden, bei Gewalttaten einen rechtsextremen Hintergrund zu prüfen, wenn wegen der Person des Opfers ein rassistisches oder politisches Tatmotiv möglich erscheint. ■

SPD-Fraktion: Neue Gesichter und alte Bekannte

Die SPD-Bundestagsfraktion startet auch personell mit frischem Wind in die neue Wahlperiode.

Es wird künftig deutlich voller im Otto-Wels-Saal, dem Sitzungssaal der SPD-Fraktion im Reichstagsgebäude. Mit 193 Abgeordneten ist die SPD-Fraktion um 47 Mitglieder stärker als noch in der letzten Legislaturperiode. Zudem gab es nach den Bundestagswahlen eine Frischzellenkur: 87 neue Gesichter gibt es in der Fraktion, 106 Abgeordnete waren auch schon in den letzten vier Jahren dabei. Frischer Wind und parlamentarische Erfahrung begegnen sich damit in Zukunft auf Augenhöhe.

Deutlich weiblicher

Zudem ist die Fraktion deutlich weiblicher geworden: Mit einem Frauenanteil von 42 Prozent erfüllt die SPD-Fraktion die Frauenquote von 40 Prozent, die sie selbst für Frauen in Führungspositionen in Unternehmen fordert.

Auch der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist größer geworden. 12 Frauen und Männer in der Fraktion haben ausländische Wurzeln. Damit liegen die Sozialdemokra-



In der 18. Wahlperiode ist deutlich mehr los im SPD-Fraktionssaal.

ten vor allen anderen Bundestagsfraktionen. Ihre Erfahrungen und ihr Zugang zu anderen Kulturen und Traditionen werden die Arbeit der Fraktion bereichern.

Der Altersdurchschnitt der SPD-Bundestagsfraktion liegt in der 18. Wahl-

periode bei 50,56 Jahren, wobei insgesamt 26 Abgeordnete jünger sind als 40 Jahre. Das jüngste Mitglied ist der Duisburger Abgeordnete Mahmut Özdemir mit 26 Jahren, das älteste Mitglied ist Gernot Erler aus Freiburg mit 69 Jahren. ■

Neues Jahr, neuer Vorstand



Thomas Oppermann, neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember einen neuen geschäftsführenden Vorstand gewählt. Neuer

Fraktionsvorsitzender ist Thomas Oppermann. Ihm stehen neun Stellvertreter zur Seite:

- **Sören Bartol** (Verkehr, Bau und Digitale Infrastruktur)
- **Hubertus Heil** (Wirtschaft, Energie, Bildung, Forschung)
- **Dr. Eva Högl** (Innen und Recht, Verbraucherschutz, Sport, Kultur)
- **Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach** (Gesundheit und Petitionen)
- **Dr. Rolf Mützenich** (Außen und Verteidigung, Menschenrechte)
- **Dr. Carola Reimann** (Arbeit und Soziales, Frauen, Senioren, Familie und Jugend)

• **Carsten Schneider** (Haushalt, Finanzen, Euro)

• **Axel Schäfer** (Europa und Wirtschaftliche Zusammenarbeit)

• **Ute Vogt** (Umwelt und Landwirtschaft)

Die neuen Parlamentarischen Geschäftsführerinnen der SPD-Fraktion sind **Christine Lambrecht** (1. PGF), **Bärbel Bas**, **Petra Ernstberger** und **Dagmar Ziegler**.

Neue Justiziarin der Fraktion ist **Dr. Katarina Barley**. Vizepräsidentinnen des Bundestages sind **Edelgard Bulmahn** und **Ulla Schmidt**.

SPD-Fraktion ist „Fraktion der Gewerkschaften“

Die SPD-Bundestagsfraktion steht nicht nur inhaltlich an der Seite der Gewerkschaften, auch personell gibt es große Schnittmengen.

Die Zahl der Fraktionsmitglieder, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit gewerkschaftspolitisch aktiv waren oder es noch sind, ist von 13 auf 25 gestiegen. Zum Vergleich: Alle anderen Frak-

tionen im Bundestag kommen zusammen auf 16 Aktive. Hier die Namen der gewerkschaftspolitisch aktiven SPD-Fraktionsmitglieder: Ulrike Bahr, Heinz-Joachim Barchmann, Doris Barnett, Klaus Barthel, Willi Brase, Martin Burkert, Ulrich Freese, Michael Gerdes, Ulrich Hampel, Josip Juratovic, Gabriele Katzmarek, Marina Kermer, Cansel

Kiziltepe, Daniela Kolbe, Steffen-Claudio Lemme, Markus Paschke, Stefan Rebmann, Andreas Rimkus, Hans-Joachim Schabedoth, Norbert Spinrath, Martina Stamm-Fibich, Kerstin Tack, Franz Thönnies, Gabi Weber, Bernd Westphal. ■

www.spdfraktion.de

Editorial



Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, die neue Bundesregierung ist im Amt, und wir arbeiten intensiv daran, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Wir wollen und werden die kommenden vier Jahre nutzen, um die Lebenssituation vieler Millionen Menschen spürbar zu verbessern. Eines unserer wichtigsten Vorhaben ist bereits in vollem Gange. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat in kürzester Zeit ein Rentenpaket vorgelegt, das insgesamt für mehr Gerechtigkeit sorgt. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, wer Kinder großgezogen hat, der stützt in ganz besonderer Weise die Stabilität der Sozialversicherungen. Das verdient Respekt. Wir sind uns bewusst, dass das Rentenpaket nicht bei allen Anerkennung findet und nehmen die Kritik ernst. Aber wir machen keine Geschenke. Die Menschen, die lang und hart gearbeitet haben, haben sich die Besserstellungen allein verdient. Deswegen steht die gesamte Bundesregierung voll hinter unserem Rentenpaket.

Um später nicht von niedrigsten Renten leben zu müssen, müssen wir heute dafür sorgen, dass es gute Arbeit für alle Menschen gibt. Deswegen ist es absolut notwendig, den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen. Der Mindestlohn, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und die Begrenzung von Leiharbeit, sind zentrale Bausteine sozialdemokratischer Regierungspolitik, die den Wert von Arbeit stärker als bisher wertschätzen und bei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu spürbaren Verbesserungen führen werden. Das ist wichtig für das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Bis Mitte April wird Andrea Nahles dafür einen Gesetzentwurf vorlegen – im Dialog mit den Sozialpartnern, damit am Ende ein belastbares und praktikables Gesetz die Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 bundesweit sicherstellt. ■



»Wir wollen und können etwas bewegen, damit es den Menschen besser geht«

Demokratie mache Spaß, sagt der neue Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann. Im Interview spricht er über die Vorhaben der Großen Koalition und erklärt, warum das geplante Rentenpaket generationengerecht ist.

Sie sind seit Dezember Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Als Parlamentarischer Geschäftsführer haben Sie offensiv die politischen Gegner attackiert. Wie interpretieren Sie ihre neue Rolle?

Als parlamentarischer Geschäftsführer in der Opposition habe ich die Regierung genau beobachtet, deutlich kritisiert und auch mal hart attackiert. Das war meine Aufgabe.

Jetzt aber sind wir Regierungsfraktion. Wir wollen und können etwas bewegen, etwas verändern, damit es den Menschen besser geht. Es geht darum, die vielen guten Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Darin steckt viel sozialdemokratische Substanz.

Allerdings dürfen wir über die Arbeit an den Gesetzen nicht vergessen, den Menschen unsere Politik zu erklären. Darin sehe ich eine wichtige Aufgabe der Fraktion und ihres Vorsitzenden.

Welche Rolle kommt der SPD-Fraktion insgesamt zu, abgesehen von der Bestätigung der Kabinettsbeschlüsse?

Die 193 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion haben sich nicht zu einem Abnickverein zusammengeslossen, ganz im Gegenteil. Ihr Engagement und ihre Kompetenz werden sie konsequent einbringen. Wir werden diskutieren und dann entscheiden. Das überlassen wir nicht allein der Re-

gierung. Denn die Aufgabenverteilung ist klar geregelt: Am Ende sind es die Abgeordneten des Bundestages, die an jedes Gesetz den letzten Strich machen.

„Die 193 Abgeordneten der SPD-Fraktion haben sich nicht zu einem Abnickverein zusammengeslossen.“

„Gute Arbeit, faire Löhne, gerechte Rente – das ist unser Programm für Arbeitnehmer.“

Wie zufrieden sind Sie mit den ersten Monaten nach der Regierungsübernahme?

Wir hatten einen guten Start, aber manches hätte auch besser laufen können. Atmosphärisch haben wir jetzt eine Strecke vor uns, die wir mit Hilfe guter Sacharbeit auch bewältigen können. Vertrauen gewinnen wir durch enge Zusammenarbeit. Politisch bin ich durchaus zufrieden. Immerhin haben wir einiges bereits auf den Weg gebracht, das uns wichtig ist: die bezahlbare Energiewende, ein gerechtes Rentenpaket, den Mindestlohn und einiges mehr.

Große Koalitionen haben die nötige Mehrheit, um auch größere Probleme anzupacken. Welche Projekte stehen in den nächsten vier Jahren im Vordergrund?

Da ist natürlich als erstes und größtes Projekt die Energiewende, weil von ihr in den nächsten Jahrzehnten unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit unser Wohlstand abhängt. Wir müssen die Energiewende schaffen, aber wir dürfen die Menschen nicht überfordern. Sie muss für alle bezahlbar bleiben. Deswegen war es so wichtig, dass Sigmar Gabriel schnell gehandelt und ein sehr gutes Konzept vorgelegt hat. Im Kern geht es darum, die Erneuerbaren Energien auszubauen, ohne dass die Strompreise weiter ungebremst steigen wie bisher.

Was können speziell Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dieser Regierung erwarten?

Gute Arbeit, faire Löhne, gerechte Rente. Das ist kurz gesagt die Formel, unter die sich unser Programm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenfassen lässt. Noch im April wird Andrea Nahles einen Gesetzentwurf zum Mindestlohn vorlegen. Im gleichen Zug gehen wir gegen den Missbrauch bei den Werkverträgen vor und werden die Leiharbeit begrenzen. Alles in allem verbessern wir damit die Einkommens- und Arbeitssituation von sehr, sehr vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bei der Rente sind wir sogar schon einen Schritt weiter. Das Rentenpaket von Andrea Nahles wird bis zum Sommer verabschiedet.

Die Debatte über den Mindestlohn gewinnt gerade wieder an Fahrt. Kritiker fürchten Jobverluste und Zunahme an Schwarzarbeit. Wie wirtschaftsfeindlich ist der Mindestlohn?

Der Mindestlohn wird für Millionen von Menschen die größte Gehaltserhöhung ihres Lebens. Er stärkt die Kaufkraft und wirkt wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm. Natürlich funktionieren einige Geschäftsmodelle, die auf Lohndumping aufgebaut sind, dann nicht mehr. Insofern können auch besonders schlecht bezahlte Arbeitsplätze wegfallen. Aber durch die Steigerung der Kaufkraft und das dadurch entstehende Wachstum werden mindestens genauso viele Arbeitsplätze entstehen. Und vor allem beseitigen wir für Arbeitgeber, die faire Löhne zahlen, den Wettbewerbsnachteil gegenüber denen, die ihre Gewinne allein mit Dumpinglöhnen erreichen wollen.

„Der Mindestlohn wird für Millionen von Menschen die größte Gehaltserhöhung ihres Lebens.“

In der Debatte um das Rentenpaket stehen vor allem die Kosten im Mittelpunkt. Wie generationengerecht ist das Rentenpaket der Großen Koalition?



Alter und neuer Vorsitzender: Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann nach der Wahl des SPD-Fraktionsvorsitzenden.

Ich warne davor, aus dem Thema Rente einen Generationenkonflikt zu machen. Niemand wird einem Arbeitnehmer, der 45 Jahre hart gearbeitet hat und einfach nicht mehr kann, seine gerechte Rente streitig machen. Diejenigen, die Kinder groß gezogen oder die 45 Jahre Job hinter sich haben, haben unser Sozialsystem stabil gemacht. Das verdient Respekt, das verdient Anerkennung und das verdient auch eine höhere und gegebenenfalls frühere Rente als bisher.

Außerdem investieren wir gleichzeitig in Bildung, Forschung und Infrastruktur, um die wirtschaftliche Stärke Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten zu erhalten. Davon profitieren besonders die Jungen.

Die Fraktionen der Opposition stellen im neuen Bundestag nur knapp 20 Prozent der Abgeordneten.

ten. Braucht eine so kleine Opposition mehr Rechte?

Ja und die räumen wir auch ein. Der Bundestag braucht lebhaftere Debatten, deswegen bekommen die Oppositionsfraktionen längere Redezeiten, als ihnen nach ihrem Wahlergebnis zustehen würden. Zudem passen wir in dieser Legislaturperiode die Minderheitenrechte an die Gegebenheiten an. So kann die Opposition Sondersitzungen durchsetzen, Untersuchungsausschüsse einsetzen und Experten-Anhörungen verlangen, obwohl sie nicht die eigentlich erforderlichen 25 Prozent zusammenbringt.

Und zu guter Letzt erhöhen wir auch noch den Oppositionszuschlag, damit die kleinen Fraktionen genug Geld haben, um den erforderlichen Arbeitsaufwand bezahlen zu können. Damit kommt diese sehr kleine Opposition

on praktisch den Möglichkeiten einer normalen Opposition sehr nah.

Wie sieht es mit dem Einfluss der Bürger aus. Wann bekommen wir mehr direkte Demokratie auf Bundesebene?

Bei der direkten Demokratie haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen leider nicht mit CDU und CSU einigen können. Aber da bleiben wir dran. Gerade die SPD hat zuletzt bei ihrem Mitgliederentscheid sehr gute Erfahrungen gemacht. Da hat jeder, der mitgemacht hat, gesehen: Demokratie macht Spaß. Daran werden wir anknüpfen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Otto-Wels-Preis für Demokratie

Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht 2014 zum zweiten Mal den „Otto-Wels-Preis für Demokratie“.

In diesem Jahr werden Akteure, Einrichtungen und Initiativen ausgezeichnet, die sich mit den Mitteln von Kunst und Kultur in besonderer Weise gemeinnützig für soziale Integration und Demokratie engagieren. In vielen deutschen Regionen, Städten und Gemeinden sind Kulturvereine, Kulturzentren und -initiativen, zumeist mithilfe ehrenamtlicher Unterstützer, aktiv und sorgen mit Projekten und Ideen für interkulturelles Verständnis. Sie stärken die Demokratie. Diese Projekte und Initiativen sucht die SPD-Bundestagsfraktion, um ihr Engagement zu würdigen.

Teilnahme

• Sie leisten mit Ihrem Verein, Ihrer Initiative oder Ihrem Projekt einen Beitrag dazu, mit den Mitteln von Kunst und Kultur Demokratieverständnis und Toleranz zu fördern?

• Sie organisieren Konzerte, Lesungen oder Kunstevents, die Jugendliche mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbringen, um interkulturelles Verständnis und soziale Integration zu fördern?

• Sie haben ein Musikprojekt gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen oder ein Theaterstück für mehr Toleranz organisiert?

• Allgemein gesprochen: Sie haben

etwas initiiert und verwirklicht, das auf künstlerische Weise der Verständigung zwischen Kulturen dient, Integration und gesellschaftliche Vielfalt fördert und zur Toleranz aufruft?

Bewerben Sie sich!

Dann bewerben Sie sich um den Otto-Wels-Preis für Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion! Sie können sich mit Ihrem Verein, Ihrer Initiative etc. bewerben, wenn Sie ein nicht-kommerzielles Kulturprojekt ins Leben gerufen haben, das in besonderer Weise soziale Integration, Vielfalt, Toleranz und Demokratieverständnis fördert und sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung vorbeugt. Ziel Ihres Projektes sollte sein, mit Hilfe unterschied-

licher Kunstformen für mehr Akzeptanz und Toleranz in unserer Gesellschaft zu werben und die Bedeutung von Demokratie und Teilhabe für unser Zusammenleben hervorzuheben. Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 31. März 2014.

Gewinn

Die drei Gewinnerinnen und Gewinner erhalten Geldpreise, gestiftet von den SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, und werden zur feierlichen Preisverleihung am 7. Mai 2014 nach Berlin eingeladen. Weitere Informationen und das Teilnahmeformular finden Sie unter:

www.spdfraktion.de/ottowelspreis

Meldungen

Mindestlohn wirkt!

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ist zwar noch nicht eingeführt, seine Wirkung zeigt sich aber schon jetzt: Die Zahl der Tarifverträge mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Das ergibt eine aktuelle Auswertung des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung. Das WSI-Tarifarchiv untersuchte rund 4.750 Vergütungsgruppen aus 40 Branchen und Wirtschaftszweigen. Der Anteil von Tarifverträgen mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro ist demnach von 16 Prozent im März 2010 auf 10 Prozent im Dezember 2013 gesunken.

Der Leiter des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck sieht einen Hauptgrund für diese Entwicklung in der Ankündigung eines gesetzlichen Mindestlohns. „Die Aussicht auf den Mindestlohn macht es für Arbeitgeber unattraktiv, gegenüber Beschäftigten Dumpinglöhne durchzusetzen, indem sie sich Tarifverhandlungen einfach entziehen.“ Auf diese Weise stärke die Lohnuntergrenze schon vor ihrer Einführung das Tarifsysteem. „Wir haben in letzter Zeit bemerkenswerte Tarifabschlüsse in Branchen gesehen, in denen es über Jahre so gut wie keine Fortschritte gegeben hat, manchmal fehlten sogar Arbeitgeberverbände, mit denen Gewerkschaften überhaupt hätten verhandeln können.“ ■

Energiewende vorantreiben, Kostenanstieg bremsen

Eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes soll die Energiewende vorantreiben – und einen weiteren Kostenanstieg verhindern.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein Erfolg: Mit seiner Einführung im Jahr 2000 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung die Grundlage für die Energiewende in Deutschland geschaffen. Heute kommt ein Viertel unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien. Über 300.000 neue Arbeitsplätze sind in der Branche entstanden.

Allerdings treibt gerade dieser Erfolg auch die Kosten der Energiewende in die Höhe. Knapp 20 Milliarden Euro hat die Förderung der Erneuerbaren 2013 gekostet, bezahlt von der Wirtschaft – soweit sie nicht unter die Besonderheiten Ausnahmeregelungen fällt – und den privaten Stromkunden in Form der EEG-Umlage. „Die Energiekosten haben für private wie gewerbliche Konsumenten mittlerweile die Schmerzgrenze überschritten“, sagt dazu Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel. Mit seinen Eckpunkten für die Reform des EEG zeigt Gabriel auf, wie diese Kostenexplosion eingedämmt werden kann. „Ich verspreche keine sinkenden Strompreise“, sagt Gabriel, aber die Kostendynamik solle gebrochen werden.

Kosten eindämmen

Das Ziel der Reform ist deshalb klar: Die Energiewende konsequent vorantreiben und gleichzeitig dafür sorgen, dass Strom bezahlbar und die Versorgung gesichert bleiben. „Die Reform muss für mehr Kosteneffizienz beim Ausbau der erneuerbaren Energien sorgen“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus



Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss reformiert werden – weil es so erfolgreich ist.

Heil. Zugleich brauche die deutsche Wirtschaft endlich wieder Planungs- und Investitionssicherheit.

Künftig will die Regierung durch die Festlegung von Ausbaukorridoren den Zubau neuer Wind-, Solar- und Biomasseanlagen steuern. Damit will sie zum einen das Ausbauziel von 40 bis 45 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien in 2025 erreichen, zum anderen sollen Fehlallokationen und Kostensteigerungen verhindert werden.

Weniger Förderung, mehr Markt

Nach dem Eckpunktepapier soll auch die Grundvergütung schneller als bisher vorgesehen sinken. Derzeit beträgt die durchschnittliche Vergütung für Ökostrom 17 Cent/kWh. Sie soll für Neuanlagen auf durchschnittlich

12 Cent/kWh sinken. Um die Erneuerbaren Energien langfristig in den Strommarkt zu integrieren, müssen Betreiber von größeren Neuanlagen ab einer Leistung von 500 Kilowatt ihren Strom künftig selbst vermarkten. Bis 2017 soll diese Pflicht zur Direktvermarktung auch für neue Anlagen ab 100 Kilowatt Leistung gelten.

Zuspruch für seine Pläne erhält der Wirtschaftsminister auch von den Gewerkschaften. Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliades sieht in dem Papier „viele wichtige Schritte in die richtige Richtung“. „Die Energiewende braucht mehr Innovation und marktwirtschaftliche Orientierung, um in den Kosten ökonomisch verkraftbar und sozial verträglich gestaltet zu werden“, sagt Vassiliades. ■

Unabhängig und unbestechlich



Die Entschädigung von Abgeordneten wird mit einem Gesetz neu geregelt.

Demokratie braucht finanziell unabhängige und unbestechliche Abgeordnete.

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft deshalb seit langem dafür, die Bestechung von Abgeordneten unter Strafe zu stellen. Bislang ist in Deutschland nur der Kauf bzw. Verkauf der Abgeordnetenstimme bei Wahlen und Abstimmungen verboten. Deshalb hat der Bundestag jetzt einem Gesetzentwurf der Koalition zugestimmt, nach dem künftig auch Bestechungsversuche bei der Wahrnehmung des Mandats geahndet werden können. „Eine Selbstverständlichkeit findet endlich Eingang ins Bundesgesetzblatt: Ein

Abgeordneter, der sich kaufen lässt, wird bestraft“, sagt dazu der rechts- und verbraucherpolitische Sprecher Burkhard Lischka.

Mit einem zweiten Gesetz hat die Große Koalition zudem eine klare Lösung für die Bezahlung von Abgeordneten geschaffen. Über die Abgeordnetenentschädigung wird seit jeher emotional diskutiert. Vor allem weil die Abgeordneten bisher selbst über die Höhe der Entschädigung bestimmen mussten. Die Neuregelung der Diäten folgt den Empfehlungen einer unabhängigen Expertenkommission, die der Bundestag Ende 2011 eingesetzt hatte. Die Erhöhung der Abgeordnetenentschädi-

gung soll sich künftig an der Entwicklung der Nominallöhne orientieren. Die Diäten steigen damit mit der Höhe des Bruttodurchschnittsverdienstes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das heißt auch, dass die Abgeordnetenbezüge mit der Lohnentwicklung sinken können. Als Ausgangsgröße soll die Besoldung eines Richters an einem obersten Gerichtshof des Bundes dienen. Einschnitte für die Abgeordneten gibt es bei der Altersversorgung. Hier sinkt der Höchstsatz von 67,5 Prozent auf 65 Prozent. Eine vorzeitige Altersentschädigung ist künftig nur noch mit Abschlägen und erst ab 63 Jahren möglich. ■



Das Rentenpaket schließt Gerechtigkeitslücken und schafft mehr Anerkennung für die Lebensleistungen der Menschen.

Rentenpaket bringt mehr Gerechtigkeit

Das vom Bundeskabinett beschlossene Rentenpaket bringt ab dem 1. Juli 2014 Verbesserungen für Millionen Menschen in der Rente.

Mit ihrem ersten großen Gesetzesvorhaben schafft die Große Koalition mehr Anerkennung der Lebensleistungen von Arbeitern und Angestellten. „Mit dem Rentenpaket schließen wir die vorhandenen Gerechtigkeitslücken“, sagt SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. Es helfe vor allem Menschen, die lange und hart gearbeitet haben. Mit dem Paket verfolgt die Koalition ein klares Ziel: „Wir wollen, dass all diejenigen, die nicht mehr im Erwerbs-

leben stehen können – aus Krankheits- oder Altersgründen –, sich auf unsere bewährten Sicherungssysteme verlassen können“, sagt Reimann.

Früher in Rente

Menschen, die 45 Jahre lang gearbeitet haben, haben etwas geleistet in unserer Gesellschaft. Mit ihren Beiträgen haben sie jahrzehntelang das Sozialversicherungssystem gestützt. Künftig sollen diese Menschen deshalb

2 Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen können. „Es geht hier um Menschen, die lange gearbeitet und das System der Rentenversicherung getragen haben“, sagt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Ihnen werde nun die Möglichkeit gegeben, früher in den Ruhestand zu gehen. Konkret bedeutet das: Wer 45 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, soll künftig vor Erreichen der Regelaltersgrenze ohne Abzüge in den Ruhestand gehen können. Zu-

nächst mit 63 Jahren, danach steigt die Altersgrenze schrittweise auf 65 Jahre.

Mütterrente

Mit der Mütterrente bekommen Frauen, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, einen zusätzlichen Entgelt-punkt zugeschrieben. Diese Frauen hatten nicht die gleichen Betreuungsmöglichkeiten und Chancen auf Berufstätigkeit wie sie junge Frauen heute haben. Dadurch haben sie einen Nachteil in der Alterssicherung. Konkret bedeutet das, dass sie 28,14 Euro monatlich in den alten und 25,14 Euro monatlich in den neuen Bundesländern mehr an Rente bekommen. Die Mütterrente schafft mehr Gerechtigkeit und erkennt die Lebensleistung von Eltern an.

Höhere Erwerbsminderungsrente

Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, wird in Zukunft besser gestellt als bisher. Heute bekommen die Betroffenen eine Rente, als hätten sie bis zu ihrem 60. Lebensjahr weiter gearbeitet. Diese so genannte Zurechnungszeit wird künftig um zwei Jahre auf 62 Jahre verlängert. Konkret heißt das, dass Betroffene eine Rente erhalten, als ob sie bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet hätten.

Erhöhung des Reha-Budgets

Die Rentenversicherung finanziert viele Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Dieses Budget wird jetzt dem demografischen Wandel angepasst, so dass für die geburtenstarken Jahrgänge ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Wie geht es weiter?

Das Rentenpaket soll im Mai im Bundestag verabschiedet werden. Zum 1. Juli soll es in Kraft treten. ■

nachgefragt ...



Detlef Wetzels, Vorsitzender der IG-Metall über das Rentenpaket der Bundesregierung

Es ist richtig, dass künftig Menschen nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge mit 63 in Rente gehen kön-

nen. Das ist gelebte Anerkennung, Wertschätzung und Respekt vor der Lebensleistung von Menschen, die lange gearbeitet und mit ihren Beiträgen das Rentensystem finanziert haben. Die Reform korrigiert eine große Ungerechtigkeit. Am Ende eines langen Erwerbslebens wird jetzt die Lebensleistung der Menschen nicht mehr durch Strafkürzungen entwertet. Und nicht zuletzt trägt sie der Realität vieler Arbeitnehmer Rechnung. Denn viele sind froh, wenn sie überhaupt 45 Jahre körperlich durchhalten. Wer diffamierend über „Geschenke“ für einen angeblich eh schon privilegierten Facharbeiteradel philosophiert, erkennt nicht nur soziale Realitäten, sondern hat auch im Geschichtsun-

terricht nicht aufgepasst. Der Adel war in Europa stets die unproduktive Klasse, die eben nicht gearbeitet hat. Die Facharbeiter sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und Garant für Wachstum und Innovationen. Der Rentendebatte würde etwas mehr Nüchternheit gut tun. Es ist unverantwortlich, neue Frühverrentungsszenarien zu konstruieren und Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Nicht die Rente für langjährig Versicherte benachteiligt die Jungen, sondern ihre Lage auf dem Arbeitsmarkt. Anstatt prekärer Beschäftigung brauchen sie gute Arbeit und durchgehende Erwerbsbiografien. Das steigert die Einnahmen der Rentenkasse und die Rentenansprüche der heute jun-

gen Beschäftigten. Hier sind die eigentlichen Stellschrauben. Die Arbeitgeber haben es zudem selbst in der Hand, Frühverrentung zu vermeiden. Wegen der demografischen Entwicklung und einer drohenden Fachkräfteknappheit ist eine verantwortliche Personalpolitik unabdingbar. Das Gebot der Stunde ist, ältere Beschäftigte besser zu fördern, Stress zu reduzieren und gesunde Arbeit zu ermöglichen. Auch die Politik kann die Frühverrentung von älteren Beschäftigten verhindern, indem sie die Erstattungspflicht wiedereinführt und die Firmen verpflichtet, bei Entlassungen von Beschäftigten ab 60 Jahren die Kosten der Arbeitslosigkeit zu tragen. ■

Vorgestellt



Daniela Kolbe

Die Leipziger Abgeordnete Daniela Kolbe ist die neue Sprecherin der ostdeutschen SPD-Abgeordneten. Als solche wird sie sich innerhalb der SPD-Fraktion vor allem um die Belange Ostdeutschlands kümmern, zum Beispiel um das Thema Renten in Ostdeutschland. „Die Angleichung der Rentensysteme in Ost und West kann ich nun persönlich aktiv voran bringen“ sagt Daniela Kolbe. Sie ist zudem stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Die Diplom-Physikerin ist 2013 zum zweiten Mal in den Bundestag eingezogen. ■



Carola Reimann

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember 2013 Carola Reimann zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie ist zuständig für die Bereiche Arbeit, Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Ich freue mich über die hohe Zustimmung und auf die spannende Aufgabe in diesen für die SPD so zentralen Aufgabefeldern“, sagt Reimann zu ihrem neuen Amt. Die Erwartungen an die Sozialdemokraten seien gerade im Bereich Arbeit, Soziales und Familie sehr hoch. Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete sitzt seit dem Jahr 2000 für die SPD im Bundestag und war in der letzten Wahlperiode Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. ■

Deutsche Einheit: Im Osten was Neues

Der Bundestag diskutiert den Stand der Deutschen Einheit.

// Der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit sieht die neuen Bundesländer insgesamt auf einem guten Weg. Große Unterschiede gibt es allerdings noch bei den Löhnen. //

25 Jahre nach der Friedlichen Revolution haben sich die ökonomischen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland und vor allem der materielle Wohlstand deutlich verbessert. Das zeigt der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, den der Bundestag jetzt diskutiert hat. Der aktuelle Bericht ist noch unter der schwarz-gelben Koalition verfasst worden.

Der Bericht zeichnet ein überwiegend positives Bild: Moderne Infrastruktur mit guten Verkehrswegen und leistungsfähigen Energienetzen; gute Hochschulen und Bedingungen für Wissenschaft und Forschung. Mit 10,7 Prozent sei die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. In den neuen Bundesländern gebe es eine „Reindustrialisierung“, heißt es in dem Bericht. Demnach stieg der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern (ohne Berlin) von 11 Prozent im Jahr 1995 auf nun knapp 18 Prozent. Der Abstand zu den alten Bundesländern (24 Prozent) habe sich somit deutlich verringert. Auch die Abwanderung aus Ostdeutschland ist gestoppt: Erstmals seit der Wiedervereinigung zogen 2012 genauso viele Menschen von West nach Ostdeutschland wie umgekehrt.

Viel erreicht und viel zu tun

„Wir haben wirklich viel erreicht“, sagt die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke (SPD). Die Lebensverhältnisse und der materielle Wohlstand hätten sich kontinuierlich verbessert. Sie sagt aber auch: „Der Abstand zu Westdeutschland beträgt in der Wirtschaftskraft immer noch 30 Prozent.“ Die ostdeutsche Wirtschaftskraft müsse deshalb gestärkt werden. Vor allem bei den Löhnen sieht Gleicke Handlungsbedarf. Denn der Bericht zeigt auch: Im Osten verdienen die Menschen im Durchschnitt 20 Prozent weniger als im Westen, in einigen Branchen sind es sogar 45 Prozent weniger.



Symbol der Deutschen Einheit: Das Reichstagsgebäude mit der „Fahne der Einheit“ (rechts) in Berlin.

Gleicke hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des geplanten Mindestlohns hervor. „Damit zeigen wir, dass wir es ernst meinen mit der Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.“

Innere Einheit ist nicht vollendet

Neben den wirtschaftlichen Daten sei es zudem die „innere Einheit“, die noch nicht vollendet sei, sagte die Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion Daniela Kolbe. Eine aktuelle Forsa-Umfrage gibt ihr Recht: Demnach sagen 60 Prozent der Befragten, es gebe noch immer eine Mauer in den Köpfen. Fast zwei Drittel der 45- bis 59-Jährigen glauben, dass die Wiedervereinigung nur auf dem Papier stattgefunden habe. Die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen sieht immer noch eine Kluft zwischen Ost und West. Deshalb müsse es auch in Zukunft eine Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder geben, sagt Daniela Kolbe. „Es gibt spezifische ostdeutsche Themen, die wir weiterhin berücksichtigen müssen.“

Gleichzeitig plädiert Kolbe dafür, die Frage nach dem Aufbau Ost in Zukunft weiterzuentwickeln. Es sei nicht mehr automatisch so, dass die Ostdeutschen die Schwächeren seien. In Ostdeutschland gebe es schon heute sehr dynamische Regionen, dagegen in Westdeutschland Regionen, die Unterstützung bräuchten. „Es geht nicht mehr darum, nach Himmelsrichtungen zu unterscheiden.“ ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Termine

6. März Willkommen in Deutschland?! Dialog zu Integration und Migration
45770 Marl

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 28. Februar 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Teresa Bucker, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800